

PRESS REVIEW

Daniel Barenboim Stiftung
Barenboim-Said Akademie & Pierre Boulez Saal

Thursday, February 18, 2021



West-Eastern
Divan Orchestra



BARENBOIM-SAID
AKADEMIE



PIERRE BOULEZ
SAAL

Die Zeit

Zwischen dem „Freischütz“ in München und „Jenůfa“ in Berlin: Der Versuch, sich ganz allein zwei Opernpremierer im Livestream anzugucken

Rbb24

Im Klassikbetrieb sind schwarze Musiker die Ausnahme

Süddeutsche Zeitung

Monika Grütters wollte die Stiftung Preußischer Kulturbesitz radikal umbauen. Das wird wohl nichts

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Das Leben mit der Pandemie verlangt eine Blickumkehr von den legitimen Ansprüchen auf die zivilisatorisch zu lösenden Herausforderungen

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Der Dauerlockdown zwingt eine Branche in die Knie: Ein Fünftel der Nachwuchsmusiker will den Beruf aufgeben. Für die Orchester in Deutschland wird das Folgen haben

Süddeutsche Zeitung

Corona-Mutante breitet sich schnell aus

Berliner Morgenpost

Neuer RBB-Staatsvertrag womöglich Ende April

Süddeutsche Zeitung

Bitte nicht nachmachen: Die Briten wollen Cancel Culture per Gesetz verbieten

»Scheiße, was für eine Sackgasse«

Zwischen dem »Freischütz« in München und »Jenůfa« in Berlin: Der Versuch, sich ganz allein zwei Opernpremierer im Livestream anzugucken VON VOLKER HAGEDORN

Kopfschuss, ein Passant sackt zusammen, gesehen im Zielfernrohr, projiziert über der Partygesellschaft, die auf der Bühne der Bayerischen Staatsoper die Gläser erhebt – beziehungsweise im soundsovielten Stockwerk eines metropolitanen Nobelhotels. Am offenen Fenster steht das Gewehr, mit dem besonders forsche Gäste in den Alltagstrubel unten auf der Straße ballern. Nur Max nicht, vor 200 Jahren noch »Jägerbursche«, nun Angestellter beim zynischen Großunternehmer Kuno. Später erfahren wir, dass alles nur ein Paintball-Fake war, aber da ist der erste Akt des Freischütz schon ruiniert, unterminiert, dekonstruiert.

Was zu diesem Abend insofern passt, als er insgesamt eine Dekonstruktion aller Operngewohnheiten darstellt. Freischütz aus München, Jenůfa aus Berlin, beides Premierer, die für ein physisch abwesendes Publikum im Abstand von 75 Minuten live gestreamt werden. Man könnte sich für eine Oper entscheiden und die andere in der Mediathek anklicken, als sei der Lockdown nur eine kleine leichte Hürde. Das einsame Fragmente-Gucken mit zwei digitalen Endgeräten aber ist der Situation sicher auch angemessen.

In München, wo über staatsoper.tv gesendet wird, sieht man weit und breit keine Maske, außer beim Personal der coolen Partygäste, die der Regisseur Dmitri Tcherniakov ganz ohne Sicherheitsabstände versammelt. Da verschränkt sich der Aufwand, den ein Theater für eine solche Aufführung leisten muss, eigentümlich mit den Privilegien der Elite, die hier szenisch bloßgestellt wird. Vielleicht sind die Kunos ja allesamt reiche Impftouristen ...

Wie transparent, farbig und elegant Carl Maria von Webers Musik von 1821 ist, wie souverän sie Abgründe aufreißt, das lässt Antonello Manacorda mit dem Bayerischen Staatsorchester sehr lebendig hören. Das klänge noch lebendiger, wenn das Orchester von der Ton-technik nicht zugunsten der Sänger derart heruntergepegelt würde (wie übrigens auch in Berlin). Tcherniakow indessen bekämpft an der Musik vorbei den tümelnden Text, mit inneren Monologen, über der Bühne zu lesen: »Scheiße, was für eine Sackgasse«, denkt Max (Pavel Cěrnoch), nachdem er am Stehtisch wacker von Wäldern und Auen gesungen hat. Wenn aber Agathe mit »Leise, leise, fromme Weise« die Sterne ansingen darf, kommt in

Golda Schultz' körperhaftem, sanft glänzendem Sopran die alte Opernkraft zum Tragen – eine Emotionalität, die gerade durch ihre Stilisierung über zwei Jahrhunderte hinweg frisch geblieben ist. Und die es glaubwürdig macht, dass Ännchen – Anna Prohaska als coole Autarke – ihre Freundin begehrt. Da genügt dann ein Kopfneigen, dem die Kamera sich diskret annähert.

Gegenüber einschlägigen Operndokus, die bestenfalls Dramaturgen und Historiker fesseln, hat die visuelle Vermittlung einen Sprung gemacht. In Berlins Staatsoper führt der Sprung noch etwas weiter als in München. Bei 3sat wird sogar von der Nahaufnahme eines Gesichts zu einem Zoom auf jene Wiege geschnitten, in der Jenůfas Baby liegt (und eben nicht mehr). Damiano Michieletto ist kein analysierender Personenregisseur wie Tcherniakow, aber ein Magier des Raumes, bei dem man nichts mehr von Bühne und Rampe spürt.

Bildet im Freischütz die Täfelung des Partysaals den Einheitsrahmen, sind es in Jenůfa ple-xiglasartige Lamellen, ein liches Geviert, in das von oben ein Felsbrocken drückt wie einst die Sittenstrenge in die mährische Provinz anno 1903, dem Entstehungsjahr von Leoš Janáčeks Durchbruchsoper. Ein Baby wird getötet, weil es unehelich ist. Michieletto aktualisiert nichts, er folgt dem archetypischen Gegenüber von konventionsharter alter Frau und ängstlicher junger. Modern wird das durch die schnörkellose Sprache und Musik, ihre enorme Direktheit.

Die wirkt in der Berliner Staatsoper mitunter aufgeweicht, der größeren Abstände im teils maskierten Orchester wegen und weil sich der Chor auf Parkett und Ränge verteilt. Simon Rattle macht auch eher spätromantisch Dampf, als dass er die Konturen dieser Moderne herausmeißelt. Der Streaming-Gucker springt vom Großbildschirm zurück an den PC, setzt Kopfhörer auf und ist nun ganz den überragenden Protagonistinnen ausgeliefert – Camilla Nylund als Jenůfa im Faltenrock und Evelyn Herlitzius als kindsmordende Küsterin in strengem Schwarz. Was in und zwischen ihnen vorgeht und in dieser Intensität nur die Oper vermitteln kann, das ist eigentlich auch nur in der Oper zu verkraften, als gemeinsames Erleben und Erlebnis. Das teilen sich nun zwar die Künstler (jederzeit on demand abrufbar), wir aber bleiben in unserer asymmetrischen Einsamkeit allein.

Diversität in Orchestern

Im Klassikbetrieb sind schwarze Musiker die Ausnahme

18.02.21 | 07:16 Uhr

People of Colour sind in klassischen Musikorchestern eher selten - Berlin macht da keine Ausnahme. Von allein dürfte sich das nur langsam ändern, nötig wäre eine gewisse Förderung. Ansätze dafür gibt es anderenorts bereits. Von Antje Bonhage

Beitrag hören

Lorna Hartling stammt aus Cleveland, einer Stadt in Ohio in den USA. Sie ist Bratschistin und seit 1992 Mitglied im Deutschen Symphonie-Orchester Berlin (DSO).

Nach Berlin kam sie bereits 1990 - und zwar an die Karajan-Akademie der Berliner Philharmoniker. Als erste und einzige schwarze Musikerin. Schwarze Orchestermitglieder hatten die Berliner Philharmoniker nach eigenen Angaben bis heute noch nie, obwohl das Orchester 28 Nationen vereint.

Was den Anteil schwarzer Musikerinnen und Musiker in deutschen Orchestern betrifft, habe sich in den letzten 30 Jahren kaum etwas verändert, sagt Lorna Hartling. Ihr eigenes Orchester, das DSO, habe für sie in dieser Hinsicht eine Vorreiterrolle. Denn neben ihr gebe es dort immerhin zwei weitere People of Color: eine brasilianische Bratschistin und eine französische Flötistin mit afrikanischem Familienhintergrund.

Lorna Hartling findet es erfreulich, dass sie da sind. Und zwar nicht, weil die Kolleginnen schwarz oder dunkelhäutig seien, sagt sie, sondern weil sie super Flöte und Bratsche spielten und es geschafft hätten, ins Orchester zu kommen. Denn gemeinsam mit allen anderen Orchestermitgliedern hielten sie das Ensemble auf hohem musikalischem Niveau: "Darum geht es. Wie wir aussehen, sollte dabei eigentlich Nebensache sein."

Elitäre Strukturen im Klassikbetrieb

Dass es in der Klassikszene insgesamt nur wenige schwarze Musiker und Musikerinnen gibt, hat für Hartling nicht so sehr mit offensiver Ausgrenzung im Einzelfall zu tun. Vielmehr spiele die elitäre Struktur der klassischen Musikbranche eine Schlüsselrolle: Wer nicht aus einer Musikerfamilie kommt, wie Lorna Hartling selbst, wer nicht frühe Förderung erfahre und das nötige Geld mitbringe, habe kaum Chancen, im Klassikbetrieb etwas zu werden.

Das kann auch Anita Rennert, die Leiterin des "Julius-Stern-Instituts" zur musikalischen Nachwuchsförderung an der Universität der Künste Berlin bestätigen: "Wenn man mit zehn Jahren nicht schon eine super Ausbildung erhalten hat, ist es für viele Instrumente oft schon zu spät."

Rennert hat in ihrem Amt seit 2010 rund 300 junge Studierende am Institut begleitet. Genau drei von ihnen waren schwarz: ein Geiger und zwei Sänger. Bewerbungen schwarzer Nachwuchsmusikerinnen und -musiker gebe es so gut wie nicht, sagt sie.

Die Hürden seien hoch und die musikalische Früherziehung und Förderung könne gar nicht früh genug beginnen. Man müsse auch Glück haben, im richtigen Umfeld groß zu werden und gute Lehrer zu finden.

"Klassische Musik ist für alle da"

John Edusei hatte dieses Glück: Er stammt aus einer musischen Familie mit deutsch-ghanaischen Wurzeln. Edusei ist Mitte 40 und einer der ganz wenigen schwarzen Dirigenten in Deutschland. Seit 2014 leitet er die Münchner Symphoniker. Immer wieder erlebe er, dass Leute verwundert reagieren,

wenn er erzähle, er sei Dirigent. Viele würden dann fragen, ob er Musicals mache, erzählt Edusei: "Nee, sage ich dann. Ich mach' eigentlich nur klassische Musik und Oper."

Dunkle Hautfarbe und Klassik passen für viele offenbar nicht zusammen. Aber auch andersherum, so Edusei, fühlten sich schwarze Menschen häufig nicht von der Klassik repräsentiert. Er wünsche sich ohnehin gezielte Förderprogramme, um junge Menschen aus allen sozialen Schichten für klassische Musik zu interessieren, sagt Edusei - darunter natürlich auch People of Colour: "Um ihnen zu signalisieren, dass die klassische Musik für alle da ist."

Das "Chineke! Orchestra" macht vor, wie es geht

Ein Blick in andere Länder zeigt, was an Förderungen möglich ist. Das "Chineke! Orchestra" in London besteht beispielsweise zum größten Teil aus Schwarzen und Angehörigen ethnischer Minderheiten. Chichi Nwanoku, eine britische Kontrabassistin mit irisch-nigerianischen Wurzeln, hat das Ensemble 2015 gegründet - mit dem Ziel, mehr ethnische Vielfalt in die Orchesterlandschaft zu bringen.

John Edusei stand bereits mehrfach beim "Chineke! Orchestra" am Pult und sagt, er könne rund 20 Musikerinnen und Musiker nennen, die in den letzten fünf Jahren von dort aus Positionen in Berufsorchestern bekommen hätten. "Das zeigt, dass so ein Fördermechanismus konkrete Auswirkungen hat", ist Edusei überzeugt.

In den USA setzt sich die Konzert-Initiative "Castle of our Skins" für die Förderung von schwarzen Musikern und Musikerinnen und mehr soziale Gerechtigkeit in der klassischen Musik ein. Und die renommierte Juilliard-School in New York hat ein Programm gestartet, das gezielt Nachwuchs in kulturellen und soziokulturellen Schichten akquiriert, die in der Klassikbranche bislang unterrepräsentiert sind. Denn gerade mal zwei Prozent aller Orchestermitglieder sind in den USA schwarz. Und in Deutschland gibt es dazu nicht einmal Erhebungen.

Orchester könnten von mehr Diversität profitieren

Bis schwarze Musiker und Musikerinnen in Orchestern eine größere Normalität seien, gebe es noch viel zu tun, sagt Kevin John Edusei. Deshalb müsse jetzt begonnen werden: "Damit wir in zehn Jahren feststellen können: Ja, es hat sich etwas verändert."

Auf lange Sicht könnten die Orchester durch mehr Diversität nur profitieren, sagt Edusei, denn dann seien sie gesellschaftlich fester verankert.

Sendung: rbbKultur, 17.02.2021, 09:55 Uhr

Beitrag von Antje Bonhage

Der Tanker driftet weiter

Monika Grütters wollte die Stiftung Preußischer Kulturbesitz radikal umbauen. Das wird wohl nichts

Plötzlich flackerte Leben auf in der notorisch sklerotischen Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK). Statt noch mal nachzuzählen, wie viele Jahre, Monate, Wochen noch zur Pensionierung blieben, statt sich wieder über abgelehnte Anträge oder defekte Toiletten zu ärgern, debattierten im Juli und August Museumsdirektoren, aber auch Kuratoren, Restauratoren und Verwaltungspersonal über die Zukunft der Stiftung wie auf einem Parteitag der Grünen, circa 1983. Einen kurzen Sommer lang blitzte unter den rund 2000 Mitarbeitern von Europas größter Kulturinstitution die Hoffnung auf, aus dem alten, leckgeschlagenen Tanker SPK könne eine Flotte von Schnellbooten werden.

Genau das hatte in einem Bericht nach zwei Jahren Recherche der Wissenschaftsrat gefordert: Die Zerteilung der Stiftung in autonome Teile. Er war wie „Wasser in der Wüste“, so ein Beteiligter. Endlich sprach jemand mit vernichtender Klarheit aus, worunter die SPK-Mitarbeiter seit Langem gelitten hatten: die „Dysfunktionalität“ der Stiftung, wie es die Verfasser des Gutachtens nannten.

Doch mittlerweile ist aus dem Plänemachen ein Ringen geworden, und die Hoffnung auf den großen Wurf schwindet. Das jedenfalls kann man den Berichten Beteiligter entnehmen, aber auch den beiden Konzepten, die vor zwei Wochen vorgetragen wurden und die der SZ vorliegen. Alles deutet darauf hin, dass die Reformbemühungen in der trägen Mechanik von Kommissionssitzungen und Prüfungsaufträgen zerrieben werden. Dann kommt die Bundestagswahl.

Den Bericht hatte vor drei Jahren Kulturstaatsministerin Monika Grütters in Auftrag gegeben. Neben der Eröffnung des Humboldt-Forums sollte die Neuaufstellung der SPK das große Projekt ihrer zweiten Amtszeit werden. Ein heroisches Versprechen: Während die Stiftung – vor allem dank der Wiedervereinigung und Berlins Hauptstadtrolle – in den letzten drei Jahrzehnten ein Museum nach dem anderen renoviert oder neu gebaut hat, blutete der Kulturgigant, zu dem außer 19 Museen auch die Staatsbibliothek, Forschungseinrichtungen und Archive gehören, von innen schleichend aus. Viele Gebäude sind bis zur Baufälligkeit verschlissen. Doch müde ist auch der Geist darin. Es mangelt an Ideen, Inspiration, Zukunftsfähigkeit – und daher an Besuchern. Gleichzeitig aber ist die SPK so groß geworden und ihr Präsident, Hermann Parzinger, so mächtig, dass Reformen immer schwerer werden.

Grütters hoffte, das Gutachten des Wissenschaftsrats würde ihr die notwendige Munition liefern. Und das tat es. Die Stiftung, so die Empfehlung, solle in kleinere Einheiten aufgelöst werden, eine davon eine eigene Museumsstiftung. Die bisherige Zentralverwaltung, an deren Spitze Hermann Parzinger steht, wäre damit überflüssig. Doch kaum war diese Empfehlung polemisch als „Zerschlagung“ der SPK tituliert worden, zuckten die meisten Beteiligten zurück. Heute wird darüber kaum noch gesprochen. Und auch beim ersten Treffen der Reformkommission vor zwei Wochen ging es nur um die Staatlichen Museen, die ein Unterreich innerhalb der SPK sind, mit einem eigenen Unterkönig, Generaldirektor Michael Eissenhauer.

Hatte man anfangs erwartet, Parzinger bliebe nach dem vernichtenden Bericht des Wissenschaftsrats nur noch der Abgang, wird jetzt eher Eissenhauer abgedrängt. Tatsächlich konnte auch seine Stellvertreterin, Christina Haaks, vor der Reformkommission nicht überzeugen. Ihr Konzept, im Wesentlichen ein Rettungsversuch für die Generaldirektion der Museen, blieb undurchsichtig.

Einleuchtender erschien der Runde der Vorschlag, den die Direktoren der einzelnen Museen vortrugen. Diese Museen sollen nach Standorten in vier „Cluster“ gruppiert werden, die für sich weitgehende Autonomie besitzen und gemeinsam einer rotierenden „Leistungsgruppe“ unterstellt sind. Der Präsident hätte nicht mehr das letzte Wort über jedes Detail der Häuser, bekäme dafür aber die Verantwortung für einzelne, bisher bei den Museen liegende Bereiche – wie die Forschung – übertragen. Dieser Vorschlag soll nun von der staatlichen Firma „Partner Deutschland“ geprüft werden.

Eine öffentliche Diskussion darüber wird nicht gewünscht. Nachdem der Wissenschaftsrat dazu gemahnt hatte, endlich an das Publikum zu denken, wird über die Reform wieder hinter verschlossenen Türen diskutiert. Sogar die SPK-Mitarbeiter bekamen die Konzepte erst am Mittwoch zu sehen, in einer bearbeiteten Version. In einer wütenden Stellungnahme erklärte der Personalrat der SPK, er sehe den Reformprozess „zunehmend kritisch“.

Im Januar waren außerdem neue Einwände gekommen. In einem Gutachten hatte sich der Bundesrechnungshof überraschend deutlich gegen die Empfehlungen des Wissenschaftsrats ausgesprochen. „In Fragen der Verwaltung und der Wahrnehmung übergreifender Steuerungsaufgaben sollten (...) grundsätzlich zentrale Strukturen angestrebt werden.“ Auch die Feststellung, die Museen seien „mit der aktuellen Stellenausstattung kaum in der Lage, ihre Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit wahrzunehmen“, kann der Rechnungshof nicht teilen. Ressourcen sollten vielmehr „von der dezentralen auf die zentrale Ebene“ verlagert werden.

Auch das Verfahren, mit dem die Reform nun diskutiert werden soll, stimmt wenig optimistisch: Zwar haben die Direktoren mit einem Brandbrief im August erreicht, ihr eigenes Konzept erarbeiten und auch an den Sitzungen der Reformkommissionen teilnehmen zu dürfen. Doch zusammengesetzt ist diese ausschließlich aus Politikern von Bund und Ländern, Ministerialbeamten – und dem SPK-Präsidenten samt Stellvertreter, dessen Amt der Wissenschaftsrat abschaffen wollte.

Während Eissenhauer der Rente entgegengeht und Grütters möglicherweise nur noch wenige Monate als Kulturstaatsministerin bleiben, sitzt Parzinger weiter fest im Sattel. Jörg Häntzschel

Willkommen zum Ball der Geimpften!

Das Leben mit der Pandemie verlangt eine Blickumkehr von den legitimen Ansprüchen auf die zivilisatorisch zu lösenden Herausforderungen. Von Tobias Bulang und Falk Kiefer

Wenn derzeit diskutiert wird, ob es für Geimpfte „Privilegien“ geben sollte, unterlegt selbst die seriöse Tagesschau solche Fragen mit Bildern von Techno-Partys und Kneipengelagen. Dies ist nicht nur bezeichnend für die Verkümmernung hedonistischer Phantasie, sondern überhaupt für einen Gegenwartsdiskurs, der bezüglich einer Zukunft nach der Pandemie erstaunlich wenig schöpferisch ist, was sich nicht zuletzt in der Formel einer erwarteten und ersehnten „neuen Normalität“ niederschlägt. Ist „Normalität“ wirklich alles, was uns einfällt nach einem Jahr Pandemie und zeitweisen Lockdowns? Sobald der Fuß von der Spaßbremse genommen wird: Ein Zurück in das Altbekannte plus Impfung? Was an der erwarteten Normalität soll „neu“ sein?

Der durch Pandemien erzeugte Veränderungsdruck hat stets Anpassungsprozesse erzwungen, die in vielen Fällen in zivilisatorische Weiterentwicklungen gemündet sind, hinter die niemand von uns zurück möchte. Man bedenke beispielsweise, dass erst nach der Choleraepidemie im 19. Jahrhundert die Städte Europas konsequent mit Kanalisationen für Abwasser und Fäkal-materie versehen wurden, eine städtebauliche Revolution unterirdischer Klinkerbauten, die enorme Folgen für die Lebensdauer der Menschen und die Verminderung der Kindersterblichkeit hatte. Und neu war nicht die Idee – die Cloaca Maxima Roms existierte der Sage nach bereits seit den Zeiten des Lucius Tarquinius Priscus (6. Jahrhundert vor Christus) –, neu war die Notwendigkeit, etwas durchzuführen, was zuvor nicht möglich, nicht sinnvoll oder zu teuer schien.

Im Gefolge der Choleraepidemie kam es auch zur Einrichtung der heute selbstverständlichen Gästetoilette mit Handwaschgelegenheit im Eingangsbereich von Haus oder Wohnung, als eigener Raum abseits des großen Badezimmers nahe den Schlafräumen. Trennung von Tier und Mensch, Einrichtung von Hospitälern, Etablierung neuer Hygienestandards und die behördliche Kontrolle ihrer Umsetzung, Stärkung der Naturwissenschaften und der Medizin als empirisches Fachgebiet – die Medizingeschichte kennt die Impulse, die von Pandemien ausgingen, und die Folgen, die sie zeitigten für Pest, Pocken und Cholera genauso wie für Aids. Der Ausbau des neuzeitlichen Verwaltungsstaates mit seinen Institutionen in Europa ist mit Fug und Recht als verursacht von den Erfahrungen der Pestepidemien beschrieben worden. Selbstverständlich gab es nicht nur Veränderungen zum Positiven und die Veränderungsprozesse waren oft schmerzhaft. Wenn heute „Normalität“ gefordert wird, dann ist das angesichts solcher Beispiele entschieden zu wenig, auch angesichts der globalen Erfahrungen mit Covid-19 und der Herausforderungen, aus ihnen die notwendigen Schlüsse zu ziehen.

Alles oder nichts?

Wer annimmt, dass wir von einem politisch bestimmten Tag an die Masken in den Schrank hängen und nach Verrichtung des Tagewerks brachialhedonistischen Vergnügungen im Techno-Club nachgehen, könnte böse überrascht werden. Wird wirklich alles wieder normal, weil es erlaubt ist? Auch nach Abschaffung der Maskenpflicht werden Menschen in öffentlichen Verkehrsmitteln oder in Geschäften mit guten Gründen Gesichtsmasken tragen – wenn es zu eng wird oder in der Husten- und Schnupfensaison. Es wird einen langen Weg zurück in den Alltag geben, und dieser Alltag wird derselbe nicht sein. Die Rede von Privilegien und die Bilder von Techno-Partys zeigen eine Alles-oder-nichts-Mentalität, die in keinem Verhältnis zu den bevorstehenden „Mühen der Ebene“ (Brecht) steht.

Langfristig und zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht absehbar sind Veränderungen angesagt, die ebenso das Arbeiten in „Sardinenbüchsen“ betreffen wie beispielsweise auch einen öffentlichen Nahverkehr, der zum Schutz vor Infektionen nicht nur auf Kosteneinsparung, sondern auch auf Unbedrängtheit, Vermeidung von Überlastung und Infektionssicherheit setzen muss. Überhaupt hat sich erwiesen – und zwar global –, dass Arbeitsverhältnisse, die dem Tatbestand moderner Sklaverei nahekommen, besondere Infektionsrisiken darstellen. Das epochale Projekt eines Rückbaus solcher Brutstätten für Viren könnte es – dazu gehört wenig Phantasie – durchaus mit den ökonomischen Aufwänden der Untertunnelung Europas mit Abwasserkanälen aufnehmen. Die Pandemie erzeugt hier einen ökonomischen Zwang, da sich in ihren Wellen niemand vor dem Infektionsgeschehen schützen kann, das in überfüllten Schulbussen, Klassenzimmern, Straßenbahnen, Großraumbüros und Schlachthöfen seinen Ausgang nimmt und von dort in alle gesellschaftlichen Bereiche einsickert. Wenn man darüber nachdenkt, was hier an Innovationen möglich wäre, im Verkehr, an Arbeitsstätten, an Schulen – wer wollte danach zurück zur „Normalität“ von 2020?

Sich etwas einfallen lassen

Die Medizingeschichte zeigt, dass die großen Veränderungen nicht während, sondern nach den Seuchen kommen. Für die Übergangszeit ist nicht die Frage nach „Privilegien“ für Geimpfte dringlich, sondern vielmehr die Frage, welche Aufgaben Geimpfte übernehmen können und welche man ihnen zumuten darf. Denn ganz selbstverständlich werden sich verantwortungsbewusste Arbeitgeber überlegen, welche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Außendienst geschickt werden, sobald sich Geimpfte unter ihnen befinden. Polizei und Ordnungsamt werden bei der Verteilung von Aufgaben Impfstatus und Risikogruppen in Erwägung ziehen – alles andere wäre verantwortungslos.

Es stellt sich dann also die Frage, welche zusätzlichen Spielräume uns der Tatbestand, dass Teile der Bevölkerung geimpft sind, eröffnet, um gute Wege aus der Pandemie heraus zu finden. Die Einschränkungen individueller Freiheiten, die wir kollektiv teilten, wurden nicht um ihrer selbst willen verordnet oder primär der Gesundheit des Einzelnen wegen, sondern darum, die Überlastung unserer Intensivstationen mit fatalen Folgen für Schwererkrankte aller Diagnosen, vom Polytrauma bis zum Herzinfarkt, abzuwenden. In einer arbeitsteilig organisierten Gesellschaft geht es dabei nicht nur um die optimale Versorgung und die Chancengleichheit von Patientinnen und Patienten, sondern auch um die Würde derer, welche mit ihrer Arbeit für die Kranken und Sterbenden Sorge tragen.

Dass bei allen Schwierigkeiten im Einzelnen dieser solidarische Gesellschaftsvertrag in Deutschland gut oder zumindest besser als in manchen anderen Ländern belastbar zu sein scheint, ist ein bemerkenswerter Sachverhalt – sofern man das bislang beurteilen kann. Lohnt insoweit nicht vielleicht – zumindest vorübergehend – die Blickumkehr von den legitimen Ansprüchen auf die zu lösenden Herausforderungen? Man denke etwa an geimpfte Patientinnen und Patienten mit demenziellen Erkrankungen in Pflegeeinrichtungen, die erheblich und auch gesundheitlich unter verminderter Ansprache, fehlendem Austausch mit anderen und Ausschluss von gemeinsamen Aktivitäten leiden.

Was spricht dagegen, dass geimpfte Kreative für die Bedürfnisse dieser Klientel spezielle Programme entwickeln? Wie können Nachhilfe und Förderung für leistungsschwache Schülerinnen und Schüler oder Kinder aus unterprivilegierten Haushalten unter verantwortungsvollem Einsatz geimpfter, beruflich nicht ausgelasteter Akteure optimiert werden? Wie viele Kinder konnten coronabedingt im letzten Jahr nicht schwimmen lernen und könnten dies nachholen, wenn Geimpfte sich bereitfinden würden, ihnen dabei zu helfen? Gleiches gilt für Tanzstunden, Mannschaftssport und für vieles, was gegenwärtig auf allen Ebenen stillliegt. Bei diesen Fragen geht es nicht um hedonistische Selbstoptimierung, es geht auch um Souveränität, zwischenmenschliche Interaktion, Engagement und gesellschaftliches Verantwortungsbewusstsein im weitesten Sinne.

Dabei werden eben nicht nur Vorrechte in Anspruch genommen, sondern auch gesellschaftlicher Zusammenhalt gefestigt und individuelle Gesundheit befördert. In allen Bereichen der Gesellschaft, in denen die zu bewerkstellenden Aufgaben pandemiebedingt unter erheblichen Schwierigkeiten angegangen wurden, lassen sich Strategien erarbeiten, wie Geimpfte sinnvoll ihr Geimpftsein einsetzen können, um eine immer noch von der Pandemie geprägte Gesellschaft einstweilen sicherer und lebenswerter zu machen. Ob diese Anstrengung, sich etwas einfallen zu lassen, irgendwann in eine neue Normalität führt, darf einstweilen offenbleiben. Vielleicht führt sie ja in einen lebenswerteren Alltag.

Tobias Bulang lehrt Ältere deutsche

Philologie an der Universität Heidelberg, Falk Kiefer ist Ärztlicher Direktor am

Zentralinstitut für Seelische Gesundheit in Mannheim.

Abschied ohne Applaus

Der Dauerlockdown zwingt eine Branche in die Knie: Ein Fünftel der Nachwuchsmusiker will den Beruf aufgeben. Für die Orchester in Deutschland wird das Folgen haben.

Schmid, Ludwig, Enlin: Fast zwei Dutzend Namen sind in das glänzende Holz des Barockcellos von Marieke van Dijk \Name geändert, d. Red.\ eingeritzt. Außerdem Jahreszahlen, zum Beispiel 1817, 1819, 20–24. Das historische Instrument stammt vermutlich aus der ersten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts, sagt die junge Musikerin. „Mein Cello hat Napoleon überlebt und zwei Weltkriege.“ Sie lächelt traurig. Die Cellistin kam aus den Niederlanden nach Bremen, „weil Deutschland das Land der klassischen Musik ist“, wie sie sagt. Nun muss sie hier ihren Traum begraben; Corona hebt ihr bisheriges Leben aus den Angeln.

Die Dreißigjährige spielt seit ihrem fünften Lebensjahr Cello – jeden Tag im Musikunterricht nach der Schule, dann Proben am Wochenende im Streichquartett, sie übt sechs Stunden oder mehr am Tag. Die hochtalentiert Cellistin macht ihren Bachelor in Norditalien, das Master-Studium der Alten Musik in Bremen. „Eine Pandemie kommt sicher für niemanden zu einem guten Zeitpunkt, in meinem Fall ist das Timing aber besonders schlecht.“ Im Frühjahr werden verschobene Konzerte erneut verschoben, schließlich ganz abgesagt; das Frühjahrs-Konzert des Kammerorchesters mit Musik von Haydn, die thematische Beethoven-Woche im Februar, die Matthäus-Passion zu Ostern. „Das war der Moment, in dem mir klar wurde: Das Spiel ist aus für mich“, sagt sie und muss um Fassung ringen. Es fehlt an Bühnen, Perspektiven – und damit auch am Geld. Die junge Frau will in Belgien jetzt einen Studiengang aufnehmen, mit dem sie schnell Geld verdienen kann, nebenher im Supermarkt arbeiten. Sie spielt sogar mit dem Gedanken, ihr Cello zu verkaufen.

Die Corona-Krise bedroht die Perspektive Hunderter Nachwuchsmusiker. Wer schon vorher zweifelte, gibt nun angesichts der fast ein Jahr andauernden kulturellen Eiszeit womöglich ganz auf. Der Deutsche Musikrat führt gemeinsam mit dem Zentrum für Kulturforschung derzeit eine der ersten großen repräsentativen Datenerhebungen zu der Frage durch, wie Corona die Musikbranche deutschlandweit verändert. Sie läuft noch bis Ende Februar. Die vorläufigen Ergebnisse zeigen: Rund zwanzig Prozent der Befragten denken ganz konkret darüber nach, den Beruf zu wechseln. „Wir können schon beobachten, dass die Verunsicherung so groß ist wie noch nie, vor allem bei Menschen, die kurz vor dem Abschluss stehen oder vor dem Eintritt ins Berufsleben“, sagt Christian Höppner, Generalsekretär des Deutschen Musikrates, dieser Zeitung. Für die Studie wurden bisher mehr als zweitausend Berufsmusiker aus allen Bereichen befragt.

Wer ins Orchester strebt, steht vor ganz besonderen Hürden, wie Gerald Mertens von der Deutschen Orchestervereinigung (DOV) beobachtet: „Ein Problem für viele Nachwuchsmusiker ist, dass derzeit keine Ausbildung in Orchesterakademien und kaum Probespiele bei den

Orchestern stattfinden können“. Die rund 42 Orchesterakademien mit ihren etwa fünfhundert Plätzen gelten als wichtige Ausbildungsstätten zwischen der Musikhochschule und der Orchesterpraxis. „Dieses ganze System ist durch die Pandemie unter die Räder geraten“, hat Mertens beobachtet. „Im Nachhinein muss man sagen: Leider sind wir alle naiv gewesen: Anfangs dachte man, die Situation bleibt vielleicht zwei, drei Monate. Nun hängen wir da schon ein Jahr drin.“ Besonders prekär sei die Lage für Studierende, die kein finanzielles Polster haben.

Im Umfeld von Musikhochschulen, Lehrstätten und Nachwuchsorchestern ist nach dem verlängerten Lockdown häufig ein Wort zu hören, das in der politischen Diskussion wie ein Mantra wiederholt wird: die „Öffnungsperspektive“. Mangelnde Aussicht auf einen normalen Spielbetrieb, finanzielle Nöte und der Zweifel, den nicht wenige angehende Berufsmusiker lautlos mit sich herumtragen, ergeben ein gefährliches Gemisch. Eine große Verunsicherung unter den Studierenden beobachtet auch Matthias Schröder von der Hochschule für Musik Detmold: „Während Orchesterangestellte unter die Kurzarbeiterregelung fallen, sind die Überbrückungshilfen für Studierende nur ein Tropfen auf den heißen Stein.“ Sie belaufen sich auf maximal fünfhundert Euro im Monat. Die Anträge seien zudem kompliziert und müssten jeden Monat neu gestellt werden. Ausländische Studierende mit Sprachbarrieren hätten hiermit Probleme. Viele der Mittel, befürchtet er, würden daher nicht abgerufen. „Der Konkurrenzkampf wird künftig deutlich härter ausfallen, wenn endlich wieder Probespiele für Orchester stattfinden und die Orchesterakademien öffnen“, erwartet der Professor für Musikmanagement.

Die Cellistin und Studentin Karolin Spegg kennt den wachsenden Druck aus eigener Erfahrung. „Im Sommer habe ich bei einem der wenigen Probespiele, die es damals noch gab, mitgemacht. So etwas hatte ich noch nicht erlebt: Normalerweise gibt es immer einige, die nicht antreten – dieses Mal waren restlos alle eingeladenen Bewerber da“, erinnert sich die Fünfundzwanzigjährige. Sie ist Mitglied der Jungen Deutschen Philharmonie, die hochtalentierete Musikstudenten zusammenbringt. Das vergangene Jahr begann verheißungsvoll, alles deutete auf einen Konzert-Marathon hin, der ihr viele Chancen eröffnen würde: das Neujahrskonzert in der Alten Oper Frankfurt, die große Konzerttournee im Frühjahr mit dem Ensemble Modern, das selbstentworfene interdisziplinäre Beethoven-Projekt, mehrere Tourneen mit dem SWR-Sinfonieorchester und Händels „Alessandro“ im E.T.A.-Hoffmann-Theater Bamberg. Fast alle Pläne verpufften. „Ich befürchte, dass das richtig schlimme Erwachen erst noch kommen könnte. Wenn einige Orchester Stellen kürzen oder Ensembles ganz aufgeben.“

Die Pandemie schickt die gebürtige Freiburgerin in den Wartemodus: Obwohl sie das Masterstudium fast beendet hat, will sie sich gemeinsam mit ihrem Streichquartett für einen weiteren Master bewerben. „Das gestaltet sich aber auch zäh. Vieles findet über Video statt. Außerdem ist der Andrang an den Musikhochschulen viel größer, weil viele ihr Studium, solange es geht, verlängern wollen“, sagt die Nachwuchsmusikerin. In Ihrem Umfeld gebe es einige, die nach einem „Plan B“ suchten. Nicht selten höre man fatalistische Sprüche wie: „Dann werde ich eben Krankenschwester oder Pfleger oder mache ein Café auf.“

Offen bleibt zunächst, wie viele Studierende auf diese Worte auch Taten folgen lassen. Sicher ist aber: Zumindest ein Teil des Nachwuchses verabschiedet sich von der Musik als Beruf, noch bevor die Karriere begonnen hat. Sie nehmen Abschied ohne Applaus. Einige Musikerinnen und Musiker ziehen aus der Ausnahmesituation aber auch Energie und bringen ihr Leben auf eine neue Spur.

Davon berichtet Anton Borderieux. Der in Hamburg lebende Trompeter steuerte auf eine Laufbahn als Orchestermusiker zu, spielte schon zwei Jahre an der Staatsoper der Hansestadt. „Die Corona-Situation hat mir im Grunde auch eine Last von den Schultern genommen“, sagt der Neunundzwanzigjährige. „Vorher hatte ich nie einen Plan B und ließ diesen Gedanken auch gar nicht wirklich zu.“ Nun sortierte er sich neu und stellte fest: Es gibt da noch eine Welt neben dem Orchester. Zweifel schlugen um in eine neue Überzeugung: Er wollte etwas anderes machen. „Ich entschloss mich, die Musik in kleineren Dosierungen in meinem Leben zu halten“, sagt Borderieux. Die Trompete wird er immer wieder zur Hand nehmen, doch dazwischen greift er zu Büchern: Er studiert nun Psychologie.

Dass die Pandemie gerade im sensiblen Moment der Berufswahl die Lebensplanung junger Menschen durcheinanderwirbelt, wirft Fragen auf: Welche Folgen hat es für deutsche Orchester, wenn sich solche Biographien häufen? Wie verändert sich die Konzertlandschaft? Matthias Schröder von der Musikhochschule in Detmold sieht die Konzertbranche vor radikalen Umbrüchen und warnt vor kulturellen Langzeitschäden. „Wir können davon ausgehen, dass die öffentlichen Haushalte massiv sparen müssen und damit Stellen in Orchestern, Theatern und Kultureinrichtungen wegfallen werden“, sagt er. Er sieht weniger große Namen wie die Berliner Philharmoniker oder die Elbphilharmonie bedroht, sondern eher die kleineren kommunalen Orchester. Das erwartet auch Christian Höppner vom Deutschen Musikrat. „Da sind viele Kulturschaffende wie Seismographen, die Stimmungen sehr sensibel aufnehmen und auf die eigene Berufsperspektive skalieren.“

Ohne einen Plan könnte es daher vielen ergehen wie der jungen Cellistin aus den Niederlanden, die der klassischen Musik wegen nach Deutschland kam und nun weiterzieht. Ihr fehlte die Perspektive – und deshalb nahm sie Abschied im Stillen. Leon Scherfig

Corona-Mutante breitet sich schnell aus

Gesundheitsminister Spahn warnt, dass jede fünfte Neuinfektion in Deutschland auf die britische Variante zurückgeht. Die EU will mit Tests und Forschung den Schutz vor den Viren verbessern

VON MATTHIAS KOLB,
CHRISTINA KUNKEL
UND HENRIKE ROSSBACH

Berlin/Brüssel – Die wohl deutlich ansteckendere Coronavirus-Mutante, die zuerst in Großbritannien entdeckt worden war, breitet sich auch in Deutschland rasch aus. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) sagte am Mittwoch, der Anteil dieser Variante liege bei den Neuinfektionen bei mehr als 22 Prozent, während es vor zwei Wochen noch sechs Prozent gewesen seien. „Wie schon in anderen Ländern beobachtet, verdoppelt sich der Anteil der Infektionen mit dieser Variante ungefähr jede Woche.“ Auch in Deutschland könne die Mutante die dominierende Variante werden, damit müsse man rechnen. Eine andere Mutante, die zuerst in Südafrika aufgetreten war, spielt dagegen mit einem Anteil von 1,5 Prozent in Deutschland derzeit keine größere Rolle. Bei dieser Variante gibt es erste Hinweise darauf, dass die bislang zugelassenen Impfstoffe auf sie weniger gut ansprechen.

Dass die Infektionszahlen in Deutschland trotz der Mutanten derzeit weiter sinken, nannte Spahn „ermutigend“. Die Schutzmaßnahmen wirkten. „Deshalb müssen wir sehr vorsichtig sein, wenn wir jetzt langsam den Lockdown verlassen.“

Die Zahlen zur Ausbreitung der Virus-Mutanten liefert das Robert-Koch-Institut. In einigen Regionen zeigt sich bereits, warum die Variante B.1.1.7 so tückisch ist: In Flensburg zum Beispiel macht sie mittlerweile ein Drittel aller seit Mitte Januar bestätigten Fälle aus. Einen einzigen Ausbruchsherd gebe es nicht, das Virus sei in allen Stadtteilen und an verschiedensten Stellen, sagte ein Sprecher. Die Sieben-Tage-Inzidenz in Flensburg stieg in zwei Monaten von 53 auf 181. Ab Samstag gilt dort eine nächtliche Ausgangsbeschränkung.

Auch in Brüssel wächst die Sorge: „Die neuen Varianten des Virus entstehen sehr schnell, weshalb wir unsere Antwort noch schneller anpassen müssen“, sagte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am Mittwoch. Zum Schutz der Bevölkerung will die Kommission nun mit einem Aktionsplan namens „Hera Incubator“ die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern, Biotech-Firmen, Herstellern und Behörden verbessern. Die Entwicklung von spezialisierten Tests für die Varianten soll mit mindestens 75 Millionen Euro gefördert werden; zudem soll den Mitgliedsstaaten geholfen werden, ihre Kapazitäten zur Genomsequenzierung zu erhöhen. Geplant ist, dass künftig in der EU fünf Prozent aller positiven Tests sequenziert werden. Bisher sind es laut EU-Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides nur ein Prozent. Mit 150 Millionen Euro will die EU zudem die Erforschung der Virus-Mutanten fördern. Bereits zugelassene Impfstoffe, die an diese Varianten angepasst werden, sollen schneller durch die Europäische Arzneimittelagentur freigegeben werden. Zudem soll die Impfstoffproduktion in Europa ausgebaut werden. Auch teilte von der Leyen mit, dass die EU vom US-Hersteller Moderna bis zu 300 Millionen Impfstoff-Dosen erhalten werde.

Mit Blick auf die deutsche Impfkampagne sagte Gesundheitsminister Spahn, dass inzwischen 3,5 Prozent der Bevölkerung die erste Impfung erhalten hätten, fast zwei Prozent auch die zweite. 6,8 Millionen Impfdosen seien ausgeliefert worden, Ende kommender Woche würden es zehn Millionen sein. Verimpft

wurden bislang knapp 4,5 Millionen Dosen. Kritik an dem Vakzin von Astra Zeneca, das in Studien eine geringere Wirksamkeit aufweist als andere Impfstoffe, wies Spahn zurück. „Ich würde mich sofort damit impfen lassen.“ Ein in der EU zugelassener Impfstoff sei „sicher und wirksam“.

Zuletzt hatte es Berichte gegeben, dass Impfberechtigte den Astra-Zeneca-Wirkstoff abgelehnt hätten. Von den bislang 740 000 ausgelieferten Dosen des Vakzins wurden erst 90 000 verimpft. Spahn erklärte das damit, dass nicht alle Bundesländer sofort mit den Impfungen begonnen hätten. Sich impfen zu lassen, sei „ein Gebot der Vernunft“, betonte Spahn und appellierte an das Pflegepersonal und an Ärzte, sich impfen zu lassen. Grundsätzlich sei es aber nicht so, „dass wir den Impfstoff nicht verimpft bekommen“. Er werde im Zweifel „den Nächsten“ angeboten, etwa den 18- bis 64-Jährigen in der zweiten Prioritätsstufe. „Wir müssen ein bisschen aufpassen, dass wir uns als Gesellschaft nicht in etwas hineinreden“, sagte Spahn, „und ein wirksames Instrument infrage stellen.“

Medien

Neuer RBB-Staatsvertrag womöglich Ende April

Berlin und Brandenburg überarbeiten derzeit den Staatsvertrag zum Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB). Die Novellierung zu Struktur und Auftrag des öffentlich-rechtlichen ARD-Senders könne voraussichtlich Ende April beziehungsweise Anfang Mai von den beiden Regierungschefs unterschrieben werden, so die Senatskanzlei in Berlin am Mittwoch. Von einem Inkrafttreten sei nicht vor September auszugehen.

dpa

Berliner Morgenpost: © Berliner Morgenpost 2021 - Alle Rechte vorbehalten.

Wir müssen reden

Bitte nicht nachmachen: Die Briten wollen Cancel Culture per Gesetz verbieten

VON ALEXANDER MENDEN

Am 26. November 2007 hatte die Oxford Union, der Debattierclub der englischen Universität, ihren bis dahin umstrittensten Redner zu Gast: David Irving, Hitler-Fan und Antisemit, sollte sich den Fragen der Union-Mitglieder stellen. Es hatte vorher harsche Kritik an der Entscheidung gegeben, einem Rechtsextremisten ein Forum zu bieten, von hochrangigen Politikern, Oxforder Studenten, Anti-Rassismus-Vereinigungen sowie den jüdischen und muslimischen Gesellschaften der Universität. Siebenmal hatte Irving in der Vergangenheit auf dem Programm gestanden. Siebenmal war er wieder ausgeladen worden. Diesmal sprach er, obwohl 30 Demonstranten zuvor kurzzeitig eine Sitzblockade im debating chamber gelungen war. Er gab den Märtyrer („Ich weigere mich, dem Druck nachzugeben und zu schreiben, was denen in den Kram passt. Ich schreibe auf, was ich in den Archiven finde.“) und verschwand nach einer Dreiviertelstunde.

Der Vorgang ist in der Rückschau in mehr als einer Hinsicht bemerkenswert. Zunächst würde Irving es, gemessen an Erfahrungen der jüngeren Vergangenheit, heute wohl gar nicht mehr in den Debattierclub hineinschaffen, weil die Gegendemonstranten das Gebäude weitaus effizienter abriegeln würden. Vor allem aber hätte ein verurteilter Holocaustleugner, wenn es nach der britischen Regierung geht, künftig einen Rechtsanspruch auf Schadensersatz für die sieben Ausladungen, die in den Jahren zuvor seinen Auftritt verhindert hatten.

Bildungsminister Gavin Williamson, bisher in erster Linie durch seine chaotische Schulöffnungspolitik während der Corona-Pandemie in Erscheinung getreten, hat ein Gesetz angekündigt, das es Akademikern, Studenten oder Gastrednern künftig ermöglichen soll, Universitäten auf Entschädigung zu verklagen, sollten sie das Gefühl haben, ihre Redefreiheit werde eingeschränkt. Zugleich soll ein offiziell bestellter „Free Speech Champion“ mögliche Verstöße gegen die Redefreiheit in der Hochschulbildung untersuchen und gegebenenfalls Rechtsbehelfe empfehlen.

Williamson ist nach eigener Aussage „zutiefst besorgt über die abschreckende Wirkung inakzeptabler Redeverbote und Zensur auf dem Campus“. Die angekündigten Maßnahmen sind die bisher prominentesten, mit denen die britische Regierung ihre Wahlversprechen umsetzt, gegen das Phänomen der Cancel Culture und des Deplatforming vorzugehen, also des Ausladens von Rednern auf Druck kritischer Lobbygruppen. Die Cancel Culture verunmöglicht nach Auffassung ihrer Gegner zunehmend eine öffentliche Meinungsvielfalt, indem sie jeden, der nicht „politisch korrekten“ Parametern entspricht, daran hindert, sich zu äußern, speziell im akademischen Rahmen. Nach Ansicht ihrer Befürworter ist der Begriff an sich schon eine abwertende Bezeichnung für ein legitimes Mittel, „Hassakteuren“ effektiv den Boden zu entziehen.

Es ist ein Tauziehen, das in ganz Westeuropa und Nordamerika vonstattengeht und sich nicht allein auf Fälle erstreckt, in denen, wie etwa bei der Löschung von Donald Trumps Twitter-Konto, einzelnen Figuren gleichsam der Stecker gezogen wird. Es umfasst auch die Praxis, Firmen oder Institutionen zu boykottieren, deren Vertreter etwas als anstößig oder beleidigend Empfundenes geäußert oder getan haben. In Deutschland wird als Beispiel gern die Verhinderung einer Vorlesung von AfD-Gründer Bernd Lucke an der Universität Hamburg 2019 genannt. Ein „Appell für freie Debattenräume“, in erster Linie von

rechtskonservativen Publizisten und Autoren unterzeichnet, warnte im September vergangenen Jahres vor der Cancel Culture.

Das könnten alles Vorboten einer Entwicklung hierzulande sein, die in Großbritannien bereits viel weiter fortgeschritten ist. Denn obwohl zum Beispiel auch die polnische Regierung im Januar ein Gesetz gegen Deplatforming ankündigte, hatten die Gräben fast nirgends in Europa mehr Zeit, sich zu vertiefen, als im Vereinigten Königreich. Die Instrumentalisierung der Cancel Culture ist hier weiter – wie auch beim Verbot nicht eigens genehmigter Denkmalentfernungen (SZ vom 4.2.).

So basiert die Berufung eines Free Speech Champion ursprünglich auf einem Vorschlag des kanadischen, am Londoner Birkbeck College lehrenden Politikwissenschaftlers Eric Kaufmann. Er beschäftigte sich 2018 in seinem viel beachteten Buch „Whiteshift“ mit dem Gefühl der Bedrohung, das für einen Teil der weißen Bevölkerung Europas von rapidem ethnischen und demografischem Wandel ausgeht. Kaufmann hat öffentlich die Haltung vertreten, die Redefreiheit sei „tot“, und ist ein Berater der Free Speech Union. Diese rechtspopulistische studentische Lobbygruppe ist wiederum eine Gründung Toby Youngs, eines Schulfreundes von Premierminister Boris Johnson, bekannt für seine reaktionären öffentlichen Interventionen.

Kurz: Die britische Rechte unternimmt derzeit einen massiven legislativen Vorstoß gegen die Cancel Culture. Was diese Agenda allerdings erleichtert und womöglich manchen akzeptabel erscheinen lässt, die sonst kritischer wären, ist die Kompromisslosigkeit, mit der manche linke Interessengruppen in England bei ihren Deplatforming-Bemühungen vorgehen. Ein Beispiel war die Absage eines Auftritts des irischen Comedy-Autors Graham Linehan bei der Oxford Union im vergangenen Dezember. Linehan, der die Schriftstellerin J.K. Rowling gegen Angriffe wegen ihren angeblich transphoben Äußerungen verteidigt hatte, gilt nun für manche LGBTQ+-Gruppen selbst als transphobe Persona non grata; aus dem gleichen Grund wurde er von Twitter verbannt. Offiziell nannte die Union „organisatorische Gründe“ für seine Ausladung – tatsächlich war es aber anscheinend der Druck studentischer Gruppen. Linehan wird auf diese Weise letztlich als schlimmer eingestuft als ein Rechtsextremer wie David Irving – dieser durfte ja 2007 immerhin noch auftreten.

Die Etablierung einer restriktiven Agenda, die vor allem Vertretern der eigenen Gesinnung nützt, ist also auf beiden Seiten das Hauptmotiv. Großbritannien ist hier, wie in so manch anderer Hinsicht (Stichwort: Brexit) ein mahnendes Beispiel, dem zu folgen man sich nicht zuletzt in Deutschland hüten sollte. Der Oxford Union kann man derweil zumindest zugutehalten, dass sie sich nun offensiv mit dem Problem auseinandersetzt. An diesem Donnerstag steht eine aktuelle Debatte auf der Tagesordnung. Das Thema: „Dieses Haus schlägt vor, die Cancel Culture zu canceln.“